

Rede – zum Haushalt 2025 des Kreises Coesfeld – Die Linke im Kreistag Coesfeld – Sonja Crämer-Gembalczyk

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schulze-Pellengar, Herr Kreisdirektor Dr. Tepe, verehrte Mitarbeitende der Verwaltung, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb, liebe interessierte Gäste und Gästinnen – Kurz: liebe Mitmenschen – Einen schönen guten Abend

Es ist wieder soweit – wie jedes Jahr um diese Zeit stehen in allen Parlamenten und Kommunen, die Haushaltsreden an. Das ist demokratischer Usus – zum Glück ist das so!

Doch wie auch schon im letzten Jahr fällt mir der Blick zurück und voraus in Bezug auf die Kreispolitik schwer. Denn, bei allen zu bewältigenden Krisen und Problemen im Kreis, dürfen wir nicht vergessen, dass wir hier sozusagen im Tal der Seeligen leben. Das ich Schwierigkeiten mit der Befassung habe, ist nicht so auf Grund von persönlichem Unvermögen oder Lustlosigkeit – Nein, weit gefehlt. Es liegt an der gesamten Lage Deutschlands und vor allem und im Besonderen an der Lage unserer aller Heimat, der Erde. Noch ist es nicht so weit das Elon Musk für Fantasto-Trillionen uns auf fremde Welten fliegt, die wir dann weiter lustig ausbeuten könnten. Es toben über 360 (Stand 2022) gewalttätige Konflikte und verheerende Kriege auf unserer schönen Welt. Die Ukraine liegt global gesehen quasi um die Ecke. Im Nahen Osten eskalieren die Kämpfe – Die Waffenruhe mit der Hisbollah ist ein zaghafter Schritt, hat aber leider, leider nur ein paar Tage gehalten. Sie hilft den Menschen in Palästina wenig – denn Netanjahu hat schon angekündigt dass er nun freiwerdende Kapazitäten für den Krieg mit der Hamas einzusetzen gedenkt. Oh Gott – die armen Menschen! Ob es in Syrien nun zu einem dauerhaften, tragfähigen Frieden kommt, bleibt abzuwarten.

Wir sollten verhandeln, miteinander reden . Die Sogen und Nöte der Welt können nur global gelöst werden.

Aus den Kriegsgebieten strömen Flüchtende Menschen zu uns.

Unsere überfüllten Geflüchteteinrichtungen und die große Schar der Flüchtenden sind letztendlich nur Symptom der gleichen um sich greifenden Krankheit – Macht und Gier!

Das macht mich ernsthaft traurig und desillusioniert mich.

All diese leidenden, gequälten Menschen und Mitkreaturen! Wie sollen wir ihre Situation jemals rechtfertigen? Meines Erachtens nach können wir nur unsere Türen weit öffnen und unsere helfende Hand ausstrecken.

Ein weiteres schwerwiegendes Thema, ist die Klimakatastrophe die uns ins Unheil stürzen wird, wenn wir nicht endlich effizient gegensteuern. Der

globale Süden, also die ärmsten Staaten, leiden am stärksten unter den Auswirkungen. Auch diese Menschen fliehen vielfach zu uns, um den Auswirkungen des Klimawandels zu entkommen. Krieg ist eben auch einer der größten Klimakiller überhaupt.

Nun erlaubt Ihr und Sie mir, bitte einen kurzen Ausflug ins persönliche – Wisst Ihr und Sie, ich bin hier in der Stadt Coesfeld groß geworden und bin schon ziemlich katholisch sozialisiert, ich bin auch heute noch überzeugt vom „neuen Testament und der Bergpredigt“ Politisiert habe ich mich durch die CAJ (Christliche Arbeiter Jugend) und die Friedensbewegung – Füreinander da sein und für die Erde wohlgesinnt sein, heißt in der Bibel: Nächstenliebe – „Was ihr dem geringsten meiner Brüder (Schwestern) habt getan, das habt ihr mir getan“ heißt es in der wunderbaren Bergpredigt. Heute nennen wir das Solidarität. Denn eins ist ja klar – Sicherheit und Freiheit gibt es nur, wenn die Stärkeren für die Schwächeren einstehen. Das gilt global wie natürlich auch Lokal – also hier im Kreis, in der Lebensrealität der Mitmenschen. „Es ist die Zeit der Monster“ schrieb Antonio Gramsci in einer ähnlichen Weltlage wie der heutigen. Seine Monster sind noch immer oder schon wieder angemessen. Die Welt wie sie heute ist, fühlt sich zerbrechlich an: die Realität fragmentiert, ganze Menschengruppen werden ausgegrenzt. Rechter Populismus greift wie ein Geschwür um sich. Die Klimakrise ist schmerzhaft spürbar. Überall auf der Welt sind Gesellschaften in internen Konflikten zerrissen.

Sprach ich im letzten Jahr noch von Multi-Krisen, würde ich das jetzt anders formulieren. Es gibt nicht viele Krisen – sondern nur eine einzige – nämlich die des Kapitalismus. Schon Karl Marx sagte es so: „der Kapitalismus wird sich schlussendlich selbst ad absurdum führen.“ Meines Erachtens nach ist es jetzt soweit.

Das Erstarren von BSW und AfD im Osten, aber auch die allgemeine Demokratiemüdigkeit hat Gründe. Wir benötigen ein vielfaches mehr an Zusammenarbeit der Mitmenschen mit der Exekutiven. Transparentere, partizipative, basisdemokratische Teilhabe aller in Deutschland und im Kreis Lebenden. Das eben nicht nur zu den jeweiligen Wahlen. Sondern in den Schulen, Unternehmen, Kirchen usw. kurz im Lebensalltag der 224.692 Einwohnenden im Kreis Coesfeld. Im Alltag hier im Kreis können Austausch und demokratische Selbstwirksamkeit erfahren und erlebt werden. Wer sich als wirksam erlebt, wird dieses Recht selbstbewusst einfordern, wenn diese Möglichkeiten beschnitten werden sollten und wird der Einflussnahme und Lügen durch „braun-blaue“ Ideologien sich eher widersetzen können. Das persönliche Gespräch von Mensch zu Mensch wirkt stark; es ist die Seele der Demokratie.

Wo bleibt die Gerechtigkeit in einem Land, in dem eine der reichsten Frauen einen Stundenlohn von ca. 1,1 Mio. Euro bekommen hat?(Susanne Klatten) aber andere Mitmenschen nicht mehr wissen wie sie ihre Mieten bezahlen können und überlegen müssen ob sie ein Päckchen Butter für die Familie, oder besser ordentliche Menstruationsprodukte für die Menschen mit Uterus

im Haushalt kaufen? Ich finde das skandalös! Denn eins ist klar, Sicherheit und Freiheit im Land wie auch im Kreis gibt es nur, wenn die Menschen sich solidarisieren und sich gegenseitig unterstützen. Das ist eigentlich mal so was von selbstverständlich. Solidarität ist politische Vernunft. Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Demokratie. Doch ohne ein hohes Maß an Solidarität, wird das nichts. Dieses Fundament sehen viele in Gefahr, darunter auch z.B : der Sozialverband VdK und die Gewerkschaften. Das nun endlich bringt mich zur konkreten Kreispolitik.

So wie in jedem Jahr, möchte ich auch heute mit dem Landschaftsverband Westfalen Lippe, beginnen, dessen Finanzen sehr im Argen liegen. Natürlich ist der monetäre Aufwand für den LWL ein „dicker Klopper“ der jedes mal ein ordentliches Loch in die Kassen der Kommunen reißt. Aber, dankenswerterweise wies der Herr Landrat ja bereits in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurf 2025 darauf hin, dass diese Zahlungen und die Arbeit des LWL`s unverzichtbar sind. Und bestätigen möchte ich hier ausdrücklich, dass das Koneksitätsprinzip völlig ausgehöhlt ist und lange nicht mehr greift – immer mehr Aufgaben und deren Finanzierung bleibt bei uns, den Kommunen und Kreisen hängen. Das geht so nicht und unterwandert ebenfalls die Solidarität. Wäre da nicht endlich mal eine scharfe Resolution und Aktion z.B: vor und im Bundestag, sowie im Landtag in Düsseldorf von uns allen als Kreistag angebracht? Damit vertun wir uns nichts und können nur gewinnen. Auch das wäre ein Akt aktiver Demokratie. Aber, sehr geehrter Herr Landrat, Sie laufen fehl wenn Sie hier im Kreis Coesfeld eine Mitfinanzierung des Ausbaus der Gedenkstätte des Stalag 326 in Schloss Holte-Stukenbrock, der Kosten wegen ablehnen . Denn, der LWL ist ein Verbund aller Kreise und Kreisfreien Städte in Westfalen-Lippe und arbeitet nach einem solidarischen Prinzip. Ich weise nochmals gerne daraufhin, das wir auch in diesem, sowie in den vergangenen Haushaltsjahren, mehr „Raus“ bekommen als wir investieren. Genannt seien nur die Hilfeleistungszahlungen an Mitmenschen mit Behinderung. Und wie das nun mal so ist, gilt das auch bei den Kultur- und geschichtserinnernden Projekten. Gerade jetzt wo immer mehr Mitmenschen nicht mehr überzeugt sind von unserem demokratischen System und mit kruden und „Rechten“ Parteien sympathisieren wird ein Erinnerungs- und Bildungsort wie es das Stalag 326 werden soll, immens wichtig. Dort kann dann gesehen werden, was keiner geglaubt haben wollte, was keiner gewusst haben wollte und was dann wieder gewesen sein wird. Das Konzept wurde schon um Millionen Euro abgeschwächt und Bund und Land beteiligen sich ordentlich. Auch die jährlich laufenden Kosten haben sich reduziert im Vergleich zur ersten Machbarkeitsstudie zum Stalag 326 und der LWL will auch dabei unterstützen. In Europa, der EU und der ganzen Welt erstarken immer mehr die Rechtsnationalen Parteien, sowie repressive, der Diktatur ähnliche Regierungen – deshalb jetzt und das flott: Gedenkstätte Stalag 326! Denn nach den nächsten Wahlen befürchte ich, wird es noch schwieriger mit der

Realisierung. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der Kulturbereich des LWL auch nur ca. 2,7% vom Gesamthaushalt ausmacht. Also für mich ist das eine gefährliche Diskussion und Meckern auf hohem Niveau. Das dazu.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis beklagen sich, ob klammer Kassen zu Recht über die Höhe der Umlagen für den Kreis. Viele sind schon am Limit und Dülmen ist freiwillig in die Haushaltssicherung gegangen, um präferiert an Landes und Bundesmittel zu gelangen. Nein! Die elf Mitgliedskommunen fahren am Limit und der Kreiskasse geht es in Relation zu anderen Kreisen und Städten noch relativ gesehen ganz gut. Mir wäre es sehr recht wenn der Kreis einen tieferen Griff in die Ausgleichsrücklage tätigen würde. Das entlastet unsere Kommunen und wäre ebenfalls ein Akt der Solidarität.

Die Landes- sowie die Bundesregierung haben jüngst erhebliche Kürzungen im Sozial- und auch im Kultursektor beschlossen. Dagegen liefen unzählige Petitionen und viele Mitmenschen trieb das auf die Straße, da sie nicht mehr wissen wie sie zurecht kommen sollen oder ordentliche, respektvolle Pflege- und Sozialarbeit leisten können. Die NRW Regierung sah sich genötigt, da zurück zu steuern und fand dann, Überraschung, doch noch die Möglichkeit Ihre Kürzungen um 40 Mio. Euro zu reduzieren. Womit jetzt 43. Mio. Euro mehr als geplant zu Verfügung stehen. Das ist aber leider nicht genug und noch immer eine echte Katastrophe die sich in der Lebensrealität sowie Qualität widerspiegelt und die die Leute unter Umständen in unausgegorene, heilsversprechende Parteien mit einfachen Antworten treibt. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Im Sommer dieses Jahres hat die EU ausdrücklich, wegen dem mangelnden Schutz für Frauen, sowie defizitärer Umsetzung des Aktionsplans in der Umsetzung der Istanbul-Konventionen, Deutschlands gerügt. Wir hier im Kreis haben die Chance etwas zu verbessern. Natürlich müssen wir z.B: Frau e.v. die benötigten Mittel für ihre gute und sinnvolle Arbeit zuweisen. Wir haben im Kreis gerade mal ein Frauenhaus, es ist unterbesetzt, die Mitarbeitenden sind überarbeitet und viele Aufgaben werden von Ehrenamtlichen geleistet. Sonst wäre es gar nicht mehr haltbar. Einfach weg von prügelnden Partner, von der gewalttätigen Partnerin ist gar nicht einfach so möglich. Aktuell erlebt jede vierte Minute eine von uns in Deutschland Gewalt durch ihre:n Partner:in oder Expartner:in. 331 Frauen wurden im letzten Jahr Opfer von versuchten/vollendetem Mord bzw. Totschlag. Femizide kennen wir in Deutschland durchaus. Queerfeindlichkeit noch gar nicht mit eingerechnet. Ich finde das entsetzlich. Natürlich ist es seit Anbeginn der Frauenhäuser Grundprinzip, dass die Frauen aus unserem Kreis, die Gewalt erdulden mussten, eben nicht in ihrem Heimatkreis Zuflucht finden. Alles andere wäre ja auch Blödsinn. Sie finden, im günstigen Fall Unterschlupf in Frauenhäusern außerhalb ihres Lebensbereichs. Aber das ist, sehr geehrter Herr Schütt, kein Argument dass Frauenhaus im Kreis Coesfeld nicht ordentlich finanziell zu unterstützen. Denn, es ist doch wohl klar, dass

nach dem Solidarprinzip wir dann hier Plätze für hilfeschuchende Frauen und ihren Kindern aus anderen Regionen vorhalten. Was soll daran falsch sein? Das ist nur gelebte Solidarität. Außerdem benötigen die Fraueninitiativen, wie Frau e.v., Gelder für die dringend notwendigen Beratungsangebote. Das Selbe, gilt selbstverständlich auch für unsere Kinder. Es hört sich zwar an wie eine Phrase, ist aber trotz alledem wahr. Kinder sind das Wichtigste das wir haben. Die Kinder sind aber nicht nur das Wichtigste, sie sind auch die Zartesten, Empfindlichsten die wir haben. Der Kinderschutzbund muss best möglich unterstützt werden. Die Kinder sind die Investition in die Zukunft. Im Kreis fehlt es an Kita-Plätzen. Den betroffenen Familien hilft es nur wenig wenn in einem Ortsteil Überkapazitäten herrschen, und in anderen Plätze fehlen. Die Kleinen können doch nicht morgens erst mal von den Eltern durch die Gegend gefahren werden. Das ist schlecht für die Kinder, es erschöpft sie schon frühmorgens über Gebühr. Es ist wichtig „Kiez“ nah zu sein, um Freundschaften zu erlernen, die dann alleine, selbstständig mit dem z.B: Nachbarkind gepflegt werden kann. Außerdem verpesten die „Elterntaxis“ die Umwelt durch unnötige Emissionen. Da Bildung vom ersten Tag kostenfrei zu sein hat, sind hohe Elternbeiträge im Kreis nicht zu vertreten. Fast nirgendwo in NRW sind sie so hoch wie hier. Es läuft sogar momentan im Netz eine Petition, die das geändert haben will. Auch wenn ein Kind aus einem wohlhabenden Haushalt stammt, berechtigt das keinerlei Kosten. Denn auch hier gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz. Wohlhabende Haushalte sollten steuerrechtlich mehr zu unserem Gemeinwohl beitragen. Gerade erst, in der letzten Woche, erschienen die neusten Zahlen zur psychischen Gesundheit unserer Kinder. Darin geht hervor das jedes 4. Kind im Land Angst vor der Zukunft hat. Daraus ergibt sich ein dringender Handlungsauftrag für uns als Gesellschaft und das Jugendamt im Besonderen. Hier braucht es Beratungsangebote und ein deutliches Mehr an Therapeuten und Therapeutinnen. Die jungen Menschen benötigen einen Kreis der sie Sicherheit fühlen lässt. Nur mit einer umfassenden, soziopolitischen Bildung und demokratischer, respektvollen Erziehung, die Dissens als demokratische Lebensform fördert, können Möglichkeiten entstehen, dass die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft gestärkt und ein gelingendes Miteinander vermehrt wieder möglich werden lässt. Das geht aber nur bei Groß und Klein wenn wir hier Investieren, sprich Gelder zu Verfügung stellen und damit Demokratie Projekte, Schulungen und Basisdemokratische Foren entwickeln und bereithalten, bzw. fördern. Deshalb plädiere ich auch dieses Jahr entschieden wieder dafür, dass folgendes endlich im Kreis installiert wird:

- einen emanzipatorischen Bürger:innen Haushalt
- Sitzungsvorlagen in Altgassprache und einfacher Sprache (besonders wichtig)
- eine gute Digitalisierung mit einem bestens abgesichertem „Open Government bzw. Smart City“ System

- Bürger:innen-Entscheidungen und Petitionen die wirklich ernst genommen werden
- Übertragung wenigsten der Kreistagssitzungen ggf. mit Gebärdendolmetschern und unterteilt in den zu Verfügung stehenden Medien wie auf der Kreis HP.

und „Last but not Least“ – ist besonders notwendig, endlich ein Umbau in eine Gemeinwohlökonomie. In ihr wäre möglich was sich alle wohl wünschen. Nämlich das Beste aus beiden Welten: – die Dinge die der Kapitalismus nicht kann, in Restmülltonne werfen, und übernehmen das was er gut kann um es dann in eine demokratische Gemeinwohlökonomie zu transformieren. Ginge es nach mir, auf der Basis eines demokratischen Sozialismus in einer Gemeinwohlökonomie.

Ach, und bevor es gleich wieder los geht, sehr geehrter Herr Kleerbaum, Herr Landrat – Bitte – nicht wieder der Vergleich „Links“ sei genauso gefährlich wie „Rechts“. Entschuldigung, aber das ist Quatsch – Links denkende, wählende Menschen stehen mit beiden Beinen fest in unserer Verfassung und stehen wie ein Fels zur Demokratie – nur wünschen sie sich diese eben viel sozialer, wertschätzender, partizipativer und friedlicher. Ich empfinde diese Gleichsetzung als Herabwürdigung und Beleidigung aller frei denkenden Mitmenschen die sich als „Links“ und demokratisch wahrnehmen. Was Sie hier immer wieder auspacken ist die sogenannte „Hufeisentheorie“, die mal so was von letztem Jahrhundert ist. Seid vielen, vielen Jahrzehnten modert sie jetzt vor sich hin und hat keine Relevanz, da schon lange wissenschaftlich revidiert. Das Problem heißt nicht „Links-Grün-Versiff“, sondern Extremismus und Demokratiefeindlichkeit. Das aber ist ganz was anderes. Schauen Sie sich da bitte besser bei der AfD und BSW um.

Viele Menschengruppen werden in unserer Gesellschaft aus unterschiedlichen Gründen ausgegrenzt, diskriminiert und können am politischen und gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben. Dabei ist es vom Wesen und der sozialen Folgen egal, aus welchem Grund das geschieht. Immer ist es Ausgrenzung, Exklusion, die neben der persönlichen Verletzung, soziale Ausgrenzung zur Folge hat. Hier heißt die Zauberformel – Inklusion, für alle die nicht dem genormten „Mainstream“ angehören.

Für viele behinderten Mitmenschen ist es bereits schwer genug ein autonomes Leben zu führen. Das hört beim ÖPNV leider nicht auf. Oft sind die spärlich fahrenden Busse überfüllt. Es ist kaum Platz für alle Mitfahrende, einen Rollstuhl oder Rollator unterzubringen, ist dann wie „Tetris“ spielen. Sitzplätze sind besetzt – der Frust vorprogrammiert. Aber die Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens, sind manches mal nicht besser aufgestellt. Nicht nur bauliche Maßnahmen gewähren Inklusion. Inklusion beginnt im Kopf. Nicht ohne Grund wurde Deutschland vor etwas mehr als einem Jahr von der UNO gerügt, wegen der schlechten Umsetzung der

Behinderten-Menschenrechtskonventionen. Im besonderem wurden wir angehalten, besser gegen institutionalisiertem Ableismus vor zu gehen. In Zeiten großem Mangels an Fachkräften, geht hier eine Menge Potential verloren.

Im September dieses Jahres veröffentlichte die Bundesregierung den Gleichwertigkeitsbericht der Städte und Regionen Bundesweit. Dafür wurden unsere Mitmenschen befragt, wie sie gefühlt bestimmte Themen in ihrer Region bewerten. Nachzulesen unter – www.bmwk.de – ein etwa 200 Seitenpapier. Wer über die Festtage nichts zu tun weiß, dem sei es hiermit ans Herz gelegt hinein zu schauen. In diesem Papier kommt der Kreis Coesfeld recht gut weg. Doch ein Punkt ist auffällig, der ÖPNV wird von den Menschen als sehr schlecht angesehen. Sie sehen keine attraktiven Verbindungen geboten. Das sollte uns schon sehr zu denken geben, denn ich sagte es bereits – im Kreis Coesfeld heißt viel zu oft „bleib da“ und leider nicht „KOMM MIT“. Ich zeige das mal hier auf dem Schaubild von Westfalen-Lippe. Das hellblau eingefärbte bedeutet unterdurchschnittlich.

Mit neuerlichem, intensiven Blick in den Haushaltsentwurf, lassen sich mit Kreativität und Wohlwollen sicherlich einiges an „Finanzen“ an anderen Stellen einsparen als ausgerechnet im „Sozialen“ oder der Daseinsfürsorge. Eine erste Möglichkeit wäre z.B: der Verkauf der Anteile am FMO – in meinen Augen, ein echtes „Himmelfahrtskommando“

So – um Sie und Euch nicht zu lange an meinen „Knackpunkten“ teilhaben zu lassen und mit Blick auf die Uhr, der Rest in Kürze und in Spiegelstrichen.

1.- Der Energieumbau – z.B: Wasserstoff – er ist kein neues Wunderding das unseren „Karren“ aus der Klimakrise ziehen kann. Er ist nur ein kleinster Baustein, denn seine Herstellung benötigt unglaublich viel Energie. Diese ist bis lang nur zum kleinsten Teil „green“. Hingegen können Robert Habecks Wärmepumpen ein echter „Game-Changer“ sein. Diese aber bitte sozial abgefedert und bezahlbar.

2. - dringend nötiger Umbau der Landwirtschaft in eine ökologische, soziale und artgerechte. Die Menge z. B: an Methan die unsere „Nutztiere“ täglich auspupsen ist immens. Bei einem Rind sind das im Jahr ca.100 kg Methan. Das entspricht in seiner umweltschädigenden Wirkung, die eines Ausstoßes von CO2 von 18.000 gefahrenen Autokilometer mit einem Verbrennermotor. Doch wie immer sitzen hier die „kleinen“ Landwirtschaftsbetreibenden wieder zwischen allen Stühlen.

3. - Die Arbeitslosen Zahlen in Relation zur Unterbeschäftigungsquote. Im November – 4% (ohne SGB III und SGB II) zu 5,2%, sind zusammen 9,2%.

4. - wir haben im Kreis eine Wohnungskrise – Am 21.08.2024, berichtete Radio Kiepenkerl – über 1.200 Wohnungen in den kommenden Jahren werden fehlen. Da sind der bezahlbare Wohnraum für Mitmenschen mit

geringem Einkommen noch gar nicht herausgerechnet, also enthalten. Ein „WBS“ hilft da nix, denn wo nix ist – kann auch nix gemietet werden. Wir könnten mit einer Zweckentfremdungs- bzw. Leerstandssatzung und einen sozialen Erhaltungssatz im Kreis gegensteuern. Wohnraum wird zu einer erheblichen finanziellen Frage und birgt einen hohen gesellschaftlichen Explosionsfaktor in sich.

5. - Einführung eines „Pay what you want“ Bezahlsystems in kreiseigenen Kultureinrichtungen und Events.

6. - kostenfreie Menstruationsprodukte in allen öffentlich zugänglichen Kreiseinrichtungen und Museen. Vor allem aber in den Schule. In Schottland und Neuseeland ist das bereits Gesetz. Auch in Deutschland und in damit auch hier, gibt es Periodenarmut.

7. - Es ist an der Zeit Hitze- bzw. Kältezufluchtsorte zu schaffen. Denkbar in Museen, Turnhallen etc.

Nun hab ich einiges weggelassen, das sicher jeder Erwähnung wert und wichtig gewesen wäre, doch ich will nicht enden ohne nochmals auf die Gefahren bei den kommenden Wahlen von „Rechts“ zu warnen.

Denn das hat auch etwas mit der materiellen Lage und einfachen Antworten für die Wählenden zu tun. Die Ökonomin Isabelle Weber hat deshalb nun eine „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ gefordert. Was konkret damit gemeint ist, ist in Ihren zahlreichen Schriften nachzulesen.

Der österreichische Komponist, Musiker und Kabarettist Gerhard Bronner (1922- 2007) drückte es so aus:

- es gibt drei Dinge die sich nicht vereinen lassen:
Intelligenz, Anständigkeit und Nationalsozialismus

- man kann intelligent und Nazi sein - dann ist man nicht anständig
- man kann anständig und Nazi sein – dann ist man nicht intelligent
- man kann anständig und intelligent sein – dann ist man kein Nazi

Frohe Feiertage Euch und Ihnen allen und genießen Sie den Klimawandel

Sonja Crämer-Gembalczyk
Pax Terra